Archives alainberset.ch — copie d'archive
Entretien avec Alain Berset « Bereit für die 1. Reihe », paru dans SonntagsBlick (03.07.2011), repris sur le site www.berset.ch.
Adresse d'origine : http://www.berset.ch/archives/2011/110703.Sobli.htm
Copie : Internet Archive, capture du 16.07.2011 — https://web.archive.org/web/20110716030119/http://www.berset.ch/archives/2011/110703.Sobli.htm

Bereit für die 1. Reihe

Interview: marcel Odermatt und Henry Habegger. Fotos: Saskja Rosset, Sonntagsblick, 03.07.2011

Kommt es zum Rücktritt von Bundesrätin Micheline Calmy-Rey, gehört er zu den Kronfavoriten: Alain Berset (39). Im Interview erklärt der Freiburger SP-Ständerat, warum er mit seinem Lohn von gut 100 000 Franken zufrieden ist. Wie der Bund gegen Frankenspekulanten vorgehen sollte. Und warum er einen EU-Beitritt im Moment nicht für sinnvoll hält.

Am Mittwoch trifft sich der Bundesrat zur letzten Sitzung vor den Sommerferien. Am Donnerstag und Freitag reist die Landesregierung auf ihrer Bundesratsreise nach Genf, in den Heimatkanton von Bundespräsidentin Micheline Calmy-Rey. Wird der Ausflug in die Rhonestadt zur Abschiedstournee der Aussenministerin, die am Freitag ihren 66. Geburtstag feiert? Viele Beobachter gehen davon aus, dass die SP-Magistratin bald zurücktritt.
Kommt es zum Abgang, werden die Genossen bei ihrer Kandidatenkür um einen Mann nicht herumkommen: den Freiburger Ständerat Alain Berset. Der 39-Jährige gilt nach acht Jahren im Stöckli als einer der einflussreichsten Politiker im Bundeshaus. Sonntags Blick traf den dreifachen Familienvater und promovierten Ökonomen, der für viele als aussichtsreichster Nachfolger von Calmy-Rey gilt, in seiner Heimatstadt Freiburg. Der Sozialdemokrat macht den Auftakt in der SonntagsBlick-Sommerserie – wir stellen Politiker aus allen Lagern vor, die in den nächsten Monaten für Schlagzeilen sorgen werden.

Herr Berset, Bundespräsidentin Calmy-Rey wird 66 Jahre alt. Viele rechnen mit dem Rücktritt Ihrer Parteikollegin. Sie auch?
Alain Berset: Ein Bundesrat entscheidet selber, wann er zurücktritt – auch Micheline. Sie leistet als Bundespräsidentin und Aussenministerin sehr gute Arbeit.

Müssten sich nicht gerade linke Politiker ans Rentenalter halten?
In der Politik gelten andere Regeln. Gewählte Regierungsmitglieder dürfen sich nicht unter Druck setzen lassen, auch nicht wegen ihres Alters. Sie entscheiden, wann sie abtreten. Das ist richtig so.

In der SP herrscht zurzeit Unruhe, weil offenbar keiner in die Pläne von Calmy-Rey eingeweiht ist.
Die Unruhe herrscht nicht wegen der Frage, ob Micheline Calmy-Rey ihr Amt abgibt, sondern wegen der Wahlen im Oktober. Sie werden für uns Sozialdemokraten extrem wichtig.

Ein Rücktritt brächte der SP viel Publizität im Wahlkampf.
Was unserer Partei am meisten bringt, sind Bundesräte, die aktiv und glaubwürdig unsere Politik vertreten. Sowohl Simonetta Sommaruga als auch Micheline Calmy-Rey machen das sehr gut.

Gehen wir davon aus, dass sie abtritt – wie von vielen erwartet. Sie gelten als aussichtsreicher Nachfolger. Sind Sie bereit?
Die Frage stellt sich jetzt nicht, es gibt keine Vakanz.

Aber Sie machen sich Gedanken.
Ich mache Politik mit Leidenschaft, bin seit acht Jahren im Ständerat und war Ständeratspräsident. Wenn sich die Frage eines Tages stellt, werde ich sicher darüber nachdenken. Es wäre nicht glaubwürdig zu sagen, diese Position sei gar nicht interessant.

Mit dem Waadtländer Staatsrat Pierre-Ives Maillard hätten Sie einen harten Konkurrenten.

Bei jeder Bundesratsvakanz gibt es mehrere Kandidaturen. Mein Kollege Pierre-Yves Maillard ist ein hervorragender Politiker.

Er hat Exekutiv-Erfahrung, Sie dagegen nicht.
Ich glaube nicht, dass man sagen kann, eine Erfahrung sei besser als eine andere. Wenn es im Bundesrat eine Vakanz gibt, muss immer das Parlament entscheiden, wen es wählt und wie es dabei die unterschiedlichen Erfahrungen gewichtet. Es ist schlecht möglich, ein volles Amt auf nationaler und kantonaler Ebene auszuüben. Man muss wählen. Beide Wege haben Vor- und Nachteile.

Dafür sind Sie der beste Freund von Parteichef Christian Levrat.
Christian hat viele gute Freunde in der Politik. Das sollten Sie nicht überbewerten.

Zurzeit herrscht im Bundesrat eine Frauenmehrheit. Sie könnten diese beenden.
Die Frauenmehrheit ist ein wichtiges Signal für die Gleichstellung. Hierfür gibts noch viel zu tun, wenn man das Parlament anschaut. Die SP hatte lange zwei Männer im Bundesrat, dann einen Mann und eine Frau – und jetzt zwei Frauen. Künftig wieder ein Mann und eine Frau, das ist sicher vorstellbar.

Und wieder zwei Männer?
Das ginge sicher nicht mehr.

Sind Sie sicher, dass die SP bei einem Rücktritt von Calmy-Rey den zweiten Sitz halten kann? Die Wahl käme als letzte.
Entscheidend dafür sind die Wahlen im Herbst. Wenn wir gut abschneiden, sind unsere Chancen grösser. Aber sicher ist es nicht.

Wie schneiden die Sozialdemokraten am 23. Oktober ab?
Nach den Wahlen 2007 hatten wir eine schwierige Zeit. Seit einigen Monaten sieht es aber wieder besser aus. Die Trendwende ist geschafft. Die Basis ist sehr engagiert. So haben wir bei den Wahlen in Zürich und Basel gut abgeschnitten. Klar für uns entschieden wir auch die Wahlen in Luzern und konnten ebenso die Gemeindewahlen in Genf, der Waadt, im Thurgau und in Freiburg gewinnen. Mit einem guten Wahlkampf werden wir zulegen können.

Was wären die Konsequenzen, wenn die SP nur noch einen Vertreter im Bundesrat hätte?
Das wäre schlimm. Es braucht im Bundesrat eine starke Stimme für eine solidarische, ökologische und gerechtere Schweiz. Das Gedankengut der zweitgrössten Partei muss mit zwei Mitgliedern in der Landesregierung vertreten sein. Nicht der SP zuliebe, sondern damit die ganze Bevölkerung in der Regierung vertreten ist.

Dann müssen Sie der SVP auch zwei Vertreter zugestehen.
Die SVP hat zwei Bundesräte bekommen. Sie brachte sich selber in die heutige Lage.

Wollen Sie ernsthaft Eveline Widmer-Schlumpf weiter als SVP-Mitglied ansehen, obwohl sie seit drei Jahren in der BDP politisiert?
Es macht keinen Sinn, vor dem Ausgang der Wahlen die Zusammensetzung des Bundesrats festlegen zu wollen. Danach ist der Zeitpunkt für diese Diskussion.

Sie sind Berufspolitiker. Was gefällt Ihnen an dem Job?
Die Arbeit als Ständerat kann man fast nicht in Teilzeit machen, sie ist sehr anspruchsvoll. Mit 31 Jahren habe ich die Wahl getroffen, hauptsächlich Politik zu machen. Ich kann Einfluss darauf nehmen, welchen Kurs unsere Gesellschaft nimmt – nicht nur kurzfristig, sondern auch mittel- und langfristig. Das ist ein Privileg.

Als promovierter Ökonom hätten Sie auch in der Wirtschaft Karriere machen können. Was verdient ein Ständerat?
Zwischen 80 000 und 110 000 Franken im Jahr.

Und Sie?
Ich bin in verschiedenen Kommissionen tätig, bin unabhängiger Strategie- und Kommunikationsberater. Deshalb verdiene ich etwas mehr als 100 000 Franken im Jahr.

Ein guter Lohn, aber nicht sehr viel für einen Familienvater mit drei Kindern. Als Bundesrat würden Sie mehr als viermal so viel verdienen.
Meine Frau ist ebenfalls berufstätig. Uns geht es gut. Mit diesem Familieneinkommen haben wir mehr zum Leben als viele andere Familien in der Schweiz.
Haben Sie sonst noch andere Mandate?
Ja, einige, die aber mehrheitlich nur eine Spesenentschädigung beinhalten.

Vielleicht haben Sie eine Strategie für die Schweizer Wirtschaft. Der Franken wird immer stärker: Sind Sie als Ökonom für eine Anbindung unserer Währung an den Euro, wie es die SP will?
Die heutige Frankenstärke ist wirklich ausserordentlich. Das haben wir so noch nie erlebt. Es braucht Massnahmen gegen ausländische Spekulanten, welche Franken kaufen – beispielsweise negative Zinsen. Die Spekulation mit unserer Währung muss begrenzt werden. Auch eine Anbindung des Frankens an den Euro ist zu prüfen.

War es falsch, dass die Nationalbank für 100 Milliarden Franken Euros kaufte?
Nein, damit haben wir uns etwas Luft verschafft. Es war damals unmöglich zu wissen, wie es herauskommt. Und die Lehre ist: Wir Schweizer dürfen uns nie über Probleme in den Euro-Ländern freuen. Gerät unser wichtigster Handelspartner in Schwierigkeiten, sind wir zu 100 Prozent betroffen.

Sind Sie eigentlich für den EU-Beitritt der Schweiz?
Momentan stellt sich die Frage nicht. Wir praktizieren den bilateralen Weg und profitieren davon. Ein EU-Beitritt wäre zurzeit nicht sinnvoll.

Kann sich das eines Tages wieder ändern?
Wir haben gute Beziehungen zu Europa. Unser Land hat mehr als hundert bilaterale Verträge mit der EU. Die Schweiz ist wirtschaftlich gut integriert und verdient jeden zweiten Franken mit der EU. Ob ein EU-Beitritt vorteilhaft ist, wissen wir erst, wenn wir das Verhandlungsergebnis kennen. Aber im Moment machen Verhandlungen wenig Sinn.

Was ist der Grund für Ihre Skepsis?
Die Zeit ist nicht reif. Klar ist: Am Schluss entscheidet das Volk, was richtig und wichtig ist. Eine Abstimmung wäre jetzt nicht zu gewinnen.

Das Thema Europa wird die Schweiz noch lange beschäftigen. Micheline Calmy-Rey ist Aussenministerin. Würde Ihnen dieses Departement ebenfalls zusagen?
Die Position der Schweiz gegenüber dem Ausland hat mich immer stark interessiert.